



Berlin, 6. Oktober 2022

Zweite Runde in Berlin-Brandenburg endet ohne Angebot der Arbeitgeber

Die Tarifverhandlungen für die 100.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Berlin-Brandenburg stehen vor einer Eskalation. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde legte der Arbeitgeberverband VME kein Angebot für eine Lohnerhöhung vor. „Die Arbeitgeber müssen jetzt den Fuß von der Bremse nehmen“, sagte IG Metall-Verhandlungsführerin Irene Schulz. „Bei diesen extremen Preissteigerungen können sie sich nicht aus der Verantwortung für ihre Beschäftigten stellen. Ohne ein konstruktives Angebot für deutliche Lohnerhöhungen machen Verhandlungen keinen Sinn.“

„Kein Angebot, keine Annäherung, kein Fortschritt – das ist das ernüchternde Ergebnis von zwei Verhandlungsrunden“, erklärte Irene Schulz, Bezirksleiterin IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen. „Noch immer stehen die Arbeitgeber mit leeren Händen da. Die Löhne können aber nicht stagnieren, wenn die Preise hochschnellen wie seit 70 Jahren nicht. Wer das glaubt, folgt einer absurden Vorstellung. Ich fordere die Arbeitgeber noch einmal nachdrücklich auf, Verantwortung zu übernehmen für ihre Beschäftigten in dieser schweren Zeit.“

Die IG Metall stellte sich in der Runde mit den Arbeitgebern gegen deren Untergangsszenarien. „Die wirtschaftliche Lage ist schwierig, aber insgesamt stabil“, betonte Irene Schulz. „In den allermeisten Betrieben läuft es weiterhin gut. Die Milliarden-Dividenden zeigen, dass es etwas zu verteilen gibt in diesem Land. Die Beschäftigten verlangen ihren gerechten Anteil daran. Seit 2018 sind die Monatsentgelte in der Metall- und Elektroindustrie nicht gestiegen. Die Abschlüsse in der jüngeren Vergangenheit waren geprägt von Corona-Krise, von Lieferketten-Problemen und der Transformation in der Industrie. Jetzt sind die Beschäftigten dran. Diesmal muss die Kaufkraft der Kolleginnen und Kollegen durch eine tabellenwirksame Erhöhung der Monatsentgelte und Ausbildungsvergütungen gestärkt werden.“

Vor Beginn der Verhandlungen hatten erneut Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie Berlin-Brandenburg für ihre Forderung nach acht Prozent mehr Lohn demonstriert. Vor dem Haus der Wirtschaft verwiesen sie auf die hohen Belastungen durch die starke Teuerung und erinnerten daran, dass die Beschäftigten die Betriebe durch die vielen Krisen getragen haben.

Mit dem 28. Oktober endet bundesweit die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie. Vom 29. Oktober an sind Warnstreiks möglich. Die IG Metall fordert eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um acht Prozent.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82